

## Ein einiges Volk werden!

Heimatvertriebene und Einheimische — eine Gemeinschaft

Eine Rede des Bundesministers für Vertriebene Dr. Hans Lukaschek

Bundesminister Dr. Lukaschek sprach am „Tag der Heimat“ in Königstein im Taunus. Er hatte diesen Ort gewählt, weil er dort zum erstenmal nach dem Kriege als Richter einen neuen Wirkungskreis gefunden hatte. Als er dann im Jahre 1949 als Bundesminister für Vertriebene in das neugebildete Kabinett eintrat, so führte er aus, sei den meisten Menschen das Problem der Heimatvertriebenen als überhaupt unlösbar erschienen. Im Vergleich zu dem damaligen Stand sei heute ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Etwa 30% der Heimatvertriebenen hätten einen Lebensstandard wiedererlangen können, wie sie ihn früher in der alten Heimat besaßen, weitere 50% hätten zum mindesten einen Arbeitsplatz. Der Rest der Arbeitsunfähigen usw. müsse von der Allgemeinheit unterhalten werden. Der Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik sei jedenfalls auch den Heimatvertriebenen zugute gekommen. Ohne Auslandshilfe aber werde das Problem der Vertriebenen auch in Zukunft nicht befriedigend gelöst werden können.

Von vornherein sei klar gewesen, daß die Heimatvertriebenen sich zu Organisationen zusammenschließen und daß diese Organisationen mit Nachdruck auf die sittliche Pflicht der vom Kriege Versicherten hinweisen würden, denen zu helfen, die alles verloren haben. Ebenso klar sei gewesen, daß bei unzureichender Hilfeleistung die Gefahr einer Radikalisierung wachsen müßte. Durch den Lastenausgleich sollte dieser Gefahr begegnet werden. Grundsätzlich sei es darum gegangen, festzustellen, wie hoch die Belastung der Wirtschaft bemessen werden könne, ohne daß ein Zusammenbruch heraufbeschworen würde, der die Heimatvertriebenen selbst in erster Linie getroffen hätte. Denn sie würden am ehesten der Arbeitslosigkeit anheimfallen.

Der Minister erklärte, daß seiner Ansicht nach es möglich gewesen wäre, über die im gegenwärtigen Lastenausgleichsgesetz vorgesehenen etwa 2,3 Milliarden DM jährlich hinaus noch weitere 400 bis 500 Millionen zu erzielen. Aber auch ein solches Mehr hätte noch keine befriedigende Lösung vom Standpunkt der Vertriebenen aus erbracht. Er betrachte den Lastenausgleich daher als die notwendige von deutscher Seite zu schaffende Voraussetzung für die Bemühungen, jetzt eine Auslandsanleihe zu erlangen. Er habe soeben mit dem amerikanischen Bankier H. C. Sonne in Kopenhagen über dieses Problem eine Rücksprache gehabt, die ermutigend verlaufen sei. Der Sonneplan sei nicht zu den Akten gelegt. Man könne hoffen, daß trotz des gegenwärtigen amerikanischen Wahlkampfes das Verständnis in den Vereinigten Staaten für die Notwendigkeit einer ausländischen Finanzhilfe zur Eingliederung der Vertriebenen wachsen und zu positiven Ergebnissen führen werde.

Es sei leicht, weitgehende Forderungen aufzustellen, wenn man sich um die Beschaffung der Mittel nicht selbst zu bemühen brauche. Als Minister trage man aber die Verantwortung auch für die Erfüllung der Forderungen. Man müsse bedenken, daß der Bund allein an Soziallasten 8,5 Milliarden DM im Jahr aufbringen müsse, daß allein auf Grund des Gesetzes zum § 131 GG. jährlich 750 Millionen aufzubringen seien. Der Wohnungsbau für die jährlich umzusiedelnden 300.000 Heimatvertriebenen

erfordere 1 Milliarde jährlich. Der deutsche Wehrbeitrag werde 10,2 Milliarden jährlich kosten; die Wiedergutmachung gegenüber den Juden werde sich auf 4,5 Milliarden belaufen. Wenn man all das berücksichtige und bedenke, daß den auf rd. 80 Milliarden geschätzten Verlusten der Heimatvertriebenen die auf 120 Milliarden geschätzten Kriegsschäden in Westdeutschland gegenüberständen, dann rücke das ganze Problem in ein anderes Licht.

Der Vertriebenenminister könne auch für subjektiv berechnete Forderungen der Heimatvertriebenen dann nicht eintreten, wenn er wisse, daß sie unerfüllbar seien. Er müsse den Mut haben, in Hinsicht auf die Grenze der Leistungsfähigkeit verantwortungslosen Forderungen entgegenzutreten und sich nicht durch Angriffe irre machen lassen.

„Wer nach hohem Ziele fährt,

muß am Steuer ruhig sitzen,

unbekümmert, ob um ihn

Lob und Tadel hoch aufspritzen.

Der Minister unterstrich die Tatsache, daß die ostdeutschen Menschen viele hundert Jahre hindurch im Grenzland des Ostens einen Wall zum Schutze deutscher und europäischer Kultur gebildet hätten und die Bedeutung dieser Aufgabe heute mehr denn je erkennen. Diese Aufgabe erfordere aber, daß Heimatvertriebene und Einheimische in Westdeutschland zu einer einzigen großen Gemeinschaft zusammenwachsen. Nur wenn wir in dieser Beziehung wieder ein einiges Volk werden würden, werde es gelingen, die schweren Aufgaben unserer Zeit zu lösen. Dann werde einmal der Tag kommen, an dem die Rückkehr in die entrissene Heimat möglich sein werde. Davon sei er fest überzeugt, ebenso wie er überzeugt sei, daß die geschichtliche Entwicklung den Heimatvertriebenen die Rückkehr ermöglichen werde, ohne daß Europa in den Abgrund eines neuen Krieges stürze. Das „Recht auf die Heimat“ werde uns nicht auf die Dauer vorenthalten werden können, denn es gehöre zu den geheiligten Grundrechten freier Menschen.